

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 27. Sitzung des Bauausschusses**

vom:           **16.08.2023**

von:           **17:00 Uhr**

bis:            **17:43 Uhr**

Ort:           **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Bauausschuss:

Stv Klein, Marc	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
AM Grund, Annegret	vertritt Lohmeier, Heinz Werner
Stv Heupel, Rüdiger	
AM Krämer, Hartmut	
Stv Mäckeler, Bernd	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Schneider, Rainer	vertritt Grisse, Robert
AM Schneider, Walter	
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schwarzer, Michael	
AM Uhlendorf, Jens	
AM Weber, Daniel	vertritt Reifenrath, Frank
AM Welter, Christian	
AM Yousuf, Himat	

##### Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike  
AM Dr. Münch, Jochen  
Stv Steffe, Roland

Als Zuhörer:

AM Schweisfurth, Elke Gisela  
Herr Schweisfurth

-als Assistenz für AM Schweisfurth

Von der Verwaltung:

StBR Schumann  
VA Kühr  
VA Meyer  
VA Krippendorf  
VA P. Schneider  
VA Mockenhaupt

- bis 17.38 Uhr  
- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Grisse, Robert  
AM Lohmeier, Heinz Werner  
Stv Reifenrath, Frank  
AM Özcan, Kürsat

vertreten durch Stv Schneider, Rainer  
vertreten durch AM Grund, Annegret  
vertreten durch AM Weber, Daniel

**A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1.      Hinweise zu Niederschriften**

**1.1      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 28.03.2023**

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

**27. BA 16.08.2023**

**1.2      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 19.04.2023**

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

**27. BA 16.08.2023**

**1.3      Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.05.2023**

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

**27. BA 16.08.2023**

#### 1.4 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.06.2023

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

27. BA 16.08.2023

#### 2. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

27. BA 16.08.2023

#### 3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

##### 3.1 Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche - Antrag der AfD-Fraktion - Team Dylong

Vorlage Nr. AT 275/2023

Herr Klein verweist auf die ausführliche Beratung des Antrages im Sport- und Bäderausschuss. Eine Stellungnahme der Verwaltung liege vor und eine eindeutige Beschlussfassung sei erfolgt. Er fragt die antragsstellende Fraktion, ob es ausreichend sei, direkt zur Beschlussfassung zu kommen.

Herr Steffe spricht sich für die Beratung im Bauausschuss aus. Die im Sport- und Bäderausschuss vorgetragenen Argumente seien nach dem Dafürhalten seiner Fraktion nicht stichhaltig.

Der Antrag habe zwei Seiten. Zur Nutzerseite des Freibades habe es seitens des Sport- und Bäderausschusses mehrheitlich eine eindeutige Haltung gegeben. Technisch liege ein unbeplanter Innenbereich nach § 34 BauGB vor. Ab einer bestimmten Anlagengröße sei entsprechendes Planungsbaurecht zu schaffen. Den dafür notwendigen Aufwand einen Bebauungsplan aufzustellen, halte die Verwaltung für nicht verhältnismäßig, so Herr Stadtbaurat Schumann. Wolle man eine Freiflächenanlage erstellen und dafür entsprechende Ressourcen freistellen, sollte man auf die eigene Analyse zurückgreifen, die Flächen identifiziert habe, wo man als Stadt eigene Grundstücke entwickeln könne.

Die Besucherzahlen in den Freibädern seien seit Jahren rückläufig. Mittlerweile komme man lange nicht mehr an die Auslastung, wie sie vor vielen Jahren gewesen sei. Den Rückgang der Besucherzahlen mit „Corona“ zu begründen sei nichtzutreffend. Es gehe hier um die Frage, wie man den hinteren Teilbereich der Fläche sinnvoll nutzen könne. Hier erscheine der Aufbau einer PV/Solarthermie Hybridanlage sinnvoll und der Standort geeignet. Das Argument im Sport- und Bäderausschuss, auf der Wiese werde Fußball gespielt, habe er in der Örtlichkeit nicht feststellen können, die Auslastung zur Nutzung der Freibadwiese sei nicht vorhanden. Durch die Errichtung einer solchen Anlage auf der Freifläche des Freibades Geisweid könne man die Vorteile nutzen, in dem man das Wasser erwärme und in den Wintermonaten die Ertragssituation des Bades verbessere. Im Ranking der Städte, in denen Solaranlagen

erstellt würden, sei Siegen weit unten angesiedelt. Hier müsste noch einiges getan und die Mühen nicht gescheut werden, so Herr Steffe.

Der Einwand, die Besucherzahlen seien rückläufig, sei ihm nicht verständlich. Laut einem Presseartikel des vergangenen Jahres habe man am 22.08.2022 den 45.000. Besucher begrüßt und sei erfreut über die vielen Menschen gewesen, die das Freibad nutzen, so Herr J. Schulz. Ein solch unausgegorener Antrag verwundere ihn. Selbstverständlich müssten Prioritäten gesetzt werden, aber er könne nicht nachvollziehen wie man den Menschen in den Freibädern ihre Freiräume entziehen könne. Hierzu stimme seine Fraktion nicht zu.

Da die gleichen Argumente wie im Sport- und Bäderausschuss ausgetauscht würden und sich die Diskussion des Sport- und Bäderausschusses wiederhole, beantragt Herr Schwarzer zur Geschäftsordnung „Schluss der Debatte“.

#### **Beschluss:**

Der Bauausschuss beendet die Aussprache über den Antrag zur Errichtung einer PV/ Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadfläche.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die Errichtung einer PV/Solarthermie Hybridanlage auf einer Freibadbrachfläche des Freibades Geisweid. Diese innovative und nachhaltige Lösung wird nicht nur zur Nutzung erneuerbarer Energien und damit zur Kostensenkung beitragen, sondern darüber hinaus die Ertragssituation des Freibades verbessern.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dagegen, 0 Enthaltungen**

**27. BA 16.08.2023**

#### **4. Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

**27. BA 16.08.2023**

#### **5. Solartechnische Nutzung von Dachflächen innerhalb von städtischen Gestaltungssatzungen (Antrag von CDU/SPD im Rat am 27.10.2021) Hier: Anpassungen der Gestaltungssatzungen**

Vorlage Nr. VL 1259/2023

Herr Christian begrüßt die Vorlage sowie die Einteilung in Bereiche. Aufgrund einer Beschwerde eines Telekommunikationsunternehmens über den Passus zu den Mobilfunkanla-

gen in Zusammenhang mit der Gestaltungssatzung Eiserfeld fragt er die Verwaltung, ob dieser Passus gestrichen werden könne.

Zur Kombination von PV-/ Solarthermieranlagen werde vorgeschlagen, diese – bis auf den Bereich der Altstadt – überall zu ermöglichen. Die Farbe sollte abgestimmt und einheitlich sein, eine unterschiedliche Dicke oder Größe der Module im Vergleich zu den Solaranlagen dürfte unproblematisch sein.

Der Aufbauwinkel sollte der Dachneigung entsprechen und die Regelung der planebenen Ausrichtung redaktionell in allen Gestaltungssatzungen enthalten sein, so Herr Christian.

Das Grundvorhaben sei zu begrüßen. Bei Streitfällen entscheide die Verwaltung im Einzelfall, was in den geschützten Bereichen auch sinnvoll sei und die Differenzierung bei den Bereichen sei nachvollziehbar, so Herr Cziba. Die Gestaltungssatzungen seien in den Bezirksausschüssen beschlossen worden. Er frage daher, ob und wie nunmehr eine angemessene Beteiligung der Bezirksausschüsse stattfinde.

Herr Welter hofft auf Nachbesserung bei der Anordnung der Photovoltaikanlagen auf dem Dach. Hier werde der geschlossene Block gewünscht. Von der Fernwirkung und von der Schneebrettgefahr sei dieser nicht optimal. Durch eine Streifenanordnung sei eine solche Anlage in der Fernwirkung kaum wahrnehmbar. Eine weniger strenge Formulierung könne zu einer Verbesserung bestimmter Sichtbeziehungen führen. Der Einsatz einer geringeren Anzahl von Modulen gehe zwar zu Lasten der Effektivität, führe aber zu einem verträglichen Stadtbild.

Ganztags vom Haushalt abwesende Personen hätten wenig von Balkonkraftwerken und würden den Break-even-Point nicht erleben. Die hochgerechneten Amortisationszeiträume seien seiner Meinung nach unzutreffend. Diese Marktnische führe zu einer Verschandelung des Dorfbildes. Er stehe der Energiewende nicht im Wege, diese sollte aber planvoll hergeleitet werden. Er regt als Alternative zu den Balkonkraftwerken an darüber nachdenken, die HTS als großes Kraftwerk zu installieren, in dem man diese überdache oder den Schallschutz mit PV- Anlagen ausstatte.

Herr Heupel verweist auf die heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten hinsichtlich der Farbgebung der Module.

Die Regelung, bei Flachdächern nur eine Aufständigung bis zu einer sichtbaren Aufbauhöhe von 0,40 m zuzulassen, halte er für zu eingrenzend, da dadurch nicht die für die Effektivität notwendige Neigung von ca. 30 % erreichbar sei, so Herr Mäckeler. Er fragt nach der Möglichkeit der Erhöhung des Aufbaus auf 0,60 m, um die Neigung besser zur Sonne ausrichten zu können.

Der für die Bürger von der Bundesregierung geschaffenen Möglichkeit Balkonkraftwerke einzusetzen, wolle man nicht im Wege stehen. Die Wirtschaftlichkeit müsse sich jeder Einzelne selbst ausrechnen. Auch wenn sich einige davon mehr erhofft hätten, könne jeder davon etwas profitieren, notfalls werde der Strom ins Netz eingespeist und trage etwas zur Energiewende bei.

Bei technischer Notwendigkeit sei es auch zulässig, die Anordnung der Module auf den Dächern in Stegen vorzunehmen. Die Anbringung von Wartungsstegen sei durchaus üblich. Es

widerspreche den Richtlinien nicht und sei technisch begründbar, Blöcke in kleinere aufzulösen und dazwischen Stege anzuordnen, so Herr Cziba.

Durch den Antrag sollten stadtweite Regelungen gefunden werden und dieser habe sich nicht konkret auf einzelne Gestaltungssatzungen bezogen, so Herr Stadtbaurat Schumann. Im Rahmen der Kategorisierung sei die Verwaltung auf sensible Bereiche eingegangen. Durch die Beteiligung der Bezirksausschüsse in der Beratungsfolge der Vorlage suggeriere man die Offenheit zur Schaffung einer gesonderten Regelung für einen Bereich der Stadt in einer Gestaltungssatzung. Die Verwaltung wolle die Gleichbehandlung und eine größtmögliche Objektivität, so dass diese Offenheit tatsächlich nicht bestehe.

Herr P. Schneider ergänzt, die Verwaltung stelle die Beteiligung der Bezirksausschüsse durch regelmäßige Informationen sicher. Die inhaltliche und fachliche Beratung erfolge in den Fachausschüssen.

Herr Stadtbaurat Schumann beantwortet die aufgeworfenen Fragen und führt aus, die PV-/Solarthermieanlagen seien heute nicht mehr so relevant und häufig älteren Datums. Heutzutage belege man die wertvollen Dachflächen eher mit PV-Modulen mit einem hohen Wirkungsgrad. Sollte sich dies wieder ändern, müsse darüber im Einzelfall entschieden oder wenn es vermehrt auftrete, wieder im Ausschuss beraten werden. Die Ansicht dieser kombinierten Anlagen hebe sich von den PV-Anlagen ab und habe dadurch einen höheren Störgrad. Eine Einheitlichkeit zu erreichen sei schwierig.

Module in einem geschlossenen Block anzuordnen, sei für jeden eindeutig. Lockere man diese Vorgabe zu sehr auf oder treffe keine Regelung dazu, könne dies zu Negativbeispielen führen, die man seitens der Verwaltung vermeiden wolle.

Mit der Relevanz von Balkonkraftwerken in der Bevölkerung müsse man umgehen. Wenn es einerseits spezielle Förderprogramme dazu gebe, andererseits diese in einer Gestaltungssatzung nicht gewünscht seien, führe dies zu Unverständnis in der Bevölkerung. Auch bei Flachdächern sei eine Aufständigung in einem extremen Winkel von 45 Grad heutzutage technisch nicht mehr erforderlich, so Herr Stadtbaurat Schumann.

Herr P. Schneider ergänzt, die Frage der Dachneigung werde geprüft und gegebenenfalls zur Sitzung des Rates angepasst.

Der Passus zu den Empfangsanlagen sei in der aktuell gültigen Satzung enthalten und sei lediglich zur rechtlichen Klarstellung in der neuen Gestaltungssatzung rezipiert worden. Er schlage in Absprache mit der Bauaufsicht vor, zum Rat eine Ergänzungsvorlage zu erstellen, um den kritischen Satz bei Anlagen, die der öffentlichen Versorgung dienen, umzuformulieren oder für diese eine Ausnahme zu definieren. Er gehe aber davon aus, dass wenn ein entsprechender Antrag gekommen wäre, man im Rahmen einer Abweichung eine Regelung hätten finden können.

Herrn Christian stört die Einzelfallregelung bei den kombinierten Anlagen. Man sollte die kombinierten Anlagen ermöglichen, jedoch mit einer einheitlichen Oberflächengestaltung. Sollte dies farblich nicht möglich sein, gebe es zumindest das Angebot. Die Entwicklung in diesem Zusammenhang sei derzeit nicht absehbar.

Balkonkraftwerke seien eher Anlagen für Mieter. Würde man diese Anlagen nicht zulassen, würde man diese gesamte Bevölkerungsgruppe ausschließen. Vor diesem Hintergrund sollten diese Art von Anlagen zugelassen sein, so Herr Uhlendorf.

Herr Steffe ergänzt zur Anmerkung von Herrn Uhlendorf, die Bundesregierung wolle den Ausbau von Solaranlagen vorantreiben und sehe Erleichterungen für Balkonkraftwerke vor. Es stoße auf sein Unverständnis, dass wenn man diese fördern wolle, die Umsetzung aber in Frage stelle.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung folgender Gestaltungssatzungen gemäß Anlage 1: „Langholdinghausen“, „Waldenburger Weg“, „Eiserfeld Ortsmitte“, „Hintere Wenscht“, „Obere Wenscht“ sowie „Vordere Wenscht“, „Innenstadt“.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Volt)**

**27. BA 16.08.2023**

### **6. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien hier: Stellungnahme der Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 1463/2023

Es sei nachvollziehbar, dass ein rechtsunsicherer Raum entstehe, wenn die Landesgesetzgebung „vorpresche“, der Bund nicht nachziehe und aus Sicht der Kommunen die Beteiligungsverfahren fehlerhaft seien. Aufgrund daraus resultierender Klagen komme dies den meisten Vorhaben nicht zu Gute, so Herr Cziba. Man könne nur hoffen, dass sich die Bundes- und Landespolitik frühzeitig abstimme und die Bezirksregierung eventuell fehlerhafte Pläne korrigiere. Die wesentlichen Stellungnahmen der Verwaltung seien nachvollziehbar.

Herr Mäckeler fragt nach dem notwendigen Zeitrahmen aufgrund der in der Vorlage auf Seite 6 aufgezählten Forderung.

Frau Krippendorf antwortet, derzeit scheine es so, dass der Zeitplan noch einmal straffer skizziert werde. Wie dies funktionieren solle sei zu hinterfragen, da einerseits das komplexe Thema der Windenergie und andererseits zeitgleich für den Regionalplan das Thema Wohnbauland abgearbeitet sein müsse. Die Zeitplanung im LEP durch einen Grundsatz festzulegen, halte man für ein Zeichen, welches die Schwierigkeit der Änderung der Landesentwicklungsplanung hervorhebe. Dass der Forderung nach längerer Zeit entsprochen werde, davon könne man nicht ausgehen. Eigentlich sei die Datengrundlage für die LANUV- Studie nicht verbindlich.

Mit dem Regionalplan werde Planungsrecht geschaffen und diese Flächen würden dann nach § 35 (1) BauGB privilegiert zur Bebauung freigegeben. Daher müsste der Abschichtungsprozess viel exakter und zielgerichteter sein, aber dies müsse die Landesregierung verantworten.

2018/19 habe man als Verwaltung im Rahmen der Beteiligung in Zusammenhang mit dem fehlerhaften Darstellen und Eintragen der Abstände in Oberschelden eine Stellungnahme abgegeben, weil auf Seiten der Bezirksregierung von unterschiedlichen Grundsätzen ausgegangen worden sei. Diese Darstellung sei im derzeitigen Entwurf noch enthalten und würde mit der Übergangsregelung verbindlich. Für den Bereich der Stadt Siegen habe die Bezirksregierung in einem Gespräch festgestellt, dass ausreichend Flächen zur Verfügung stehen und die Bezirksregierung die 1000 m als Abstand zu den Innenbereichswohnlagen definieren könne. Dadurch gehe sie perspektivisch für das Stadtgebiet von keinem Problem aus. Auf Kreisebene sehe dies anders aus, so Frau Krippendorf.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Stellungnahme gemäß der Anlage zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**27. BA 16.08.2023**

gez. Klein  
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt  
Schriftführerin